

Wahlen & politische Ungewissheit - entscheidende Faktoren für Goldnachfrage & Goldpreis

07.08.2024 | [Ronan Manly](#)

Dieses Jahr entwickelt sich zu einem perfekten Sturm für politische Risiken und Unsicherheiten, denn neben den anstehenden Präsidentschafts- und Kongresswahlen in den USA haben sich bereits in zwei anderen G7-Ländern, nämlich in Frankreich und im Vereinigten Königreich, größere Veränderungen in der politischen Landschaft ergeben.

Wahlen und Regierungswechsel in großen Volkswirtschaften wie den USA, dem Vereinigten Königreich und Frankreich werden zwar oft unterschätzt, führen aber zu politischer Unsicherheit, die sich erheblich auf die Stabilität der Finanzmärkte, die Stimmung der Anleger und auf makroökonomische Faktoren wie Zinssätze, die Stärke des US-Dollar und geopolitische Risiken auswirken kann - allesamt wichtige Einflussfaktoren für den Goldpreis.

Dies liegt daran, dass im Vorfeld von Wahlen Ungewissheit über den Wahlausgang herrscht und darüber, wer an der Macht sein wird, und dass der Wahlausgang häufig dazu führt, dass neue Parteien und Führungspersönlichkeiten an die Macht kommen, die andere Ziele verfolgen als ihre Vorgänger. Neue Regierungen und Politiker, die mit neuen Programmen an die Macht kommen, führen dann in der Regel eine andere Wirtschaftspolitik als ihre Vorgänger durch. Dieses Phänomen wird als Politikwechsel bezeichnet.

Diese wirtschaftspolitischen Veränderungen können fiskalischer Art sein (höhere Staatsausgaben, defizitfinanzierte Steuerpolitik), handelspolitischer Art (andere Zollpolitik und Neuverhandlung von Handelsabkommen), außenpolitischer Art (veränderte Ansätze in den Außenbeziehungen und geopolitische Strategien) und auch geldpolitischer Art (in dem Maße, wie die Regierungen Einfluss auf ihre Zentralbanken haben und die Zentralbanken die Wirtschaftspolitik der Regierungen unterstützen müssen).

Vor den Wahlen führt das Potenzial für politische Veränderungen zu Marktvolatilität, und nach den Wahlen ändert die Umsetzung politischer Veränderungen die Richtung einer Wirtschaft, was sich wiederum auf das Marktvertrauen auswirken und Änderungen im Anlegerverhalten bewirken kann. Politische Ungewissheit und politische Veränderungen erhöhen somit die wirtschaftliche Unsicherheit und können sich auf die Inflationserwartungen auswirken (z. B. aufgrund der Sorge um höhere Staatsausgaben und/oder beschleunigtes Gelddrucken) sowie die Zinserwartungen und die Volatilität der Währungen erhöhen, was wiederum den internationalen Goldpreis maßgeblich beeinflusst.

Die wirtschaftliche Ungewissheit wiederum lässt die Anleger risikoscheuer werden und zwingt sie dazu, sichere Anlagen wie Gold zu suchen. Und wenn politische Veränderungen zu einer höheren Inflation und einer Schwächung der Fiatwährungen führen dürften, werden die Anleger Gold auch wegen seiner Eigenschaften als Inflationsschutz und Wertaufbewahrungsmittel suchen. Hinzu kommt, dass in vielen so genannten "Demokratien" die politischen Ansichten immer stärker polarisiert werden und der Populismus deutlich zugenommen hat, Faktoren, die zu einer Vertiefung der politischen Spaltung geführt haben.

Schauen Sie sich zum Beispiel die USA und Frankreich an. Die zunehmende Polarisierung unter den Wählern führt wiederum zu Misstrauen und Argwohn gegenüber Wahlergebnissen und sogar zur Ablehnung von Wahlergebnissen, was zu Behauptungen über Wahlbetrug und Medienmanipulation führt. Schauen Sie sich nur einmal die USA und Frankreich an, ganz zu schweigen von den umstrittenen Wahlergebnissen in Venezuela und den Unruhen, die dort gerade stattfinden.

Das Misstrauen gegenüber den Wahlergebnissen und die Weigerung, sie zu akzeptieren, führt zu weiterer politischer Instabilität und damit zu sozialen Unruhen, Aufständen und sogar zu einem möglichen Bürgerkrieg. All diese Instabilität und Ungewissheit veranlasst die Anleger dazu, die Stabilität und Sicherheit von sicheren Anlagen wie Gold zu suchen.

Politische Unsicherheit in den USA übersteigt jetzt die Skala

Gut drei Monate vor den 60. US-Präsidentenwahlwahlen am 5. November richten sich alle Augen auf die USA, wo die politische Unsicherheit nach dem Attentat auf Donald Trump in Pennsylvania am 13. Juli, dem

Ausscheiden von Joe Biden aus dem Wahlkampf am 21. Juli und der Bestätigung seiner Vizepräsidentin Kamala Harris als Bidens Nachfolgerin noch größer geworden ist.

In dem üblichen, sich in die Länge ziehenden Zirkus des US-Präsidentenwahlkampfs haben diese Entwicklungen die politische Unsicherheit noch verstärkt und die Polarisierung unter den US-Wählern verschärft, da es innerhalb der Wählerschaft unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, dass das Attentat auf den Republikaner Trump a) ein Insiderjob war, b) inszeniert wurde, c) mehrere Schützen hatte und dass der Rückzug des Demokraten Biden a) freiwillig oder b) ein Coup der Demokratischen Partei war.

Seit Beginn der Präsidentschaftswahlen in den USA im Jahr 1788/79 gab es nur selten einen Attentatsversuch auf einen Präsidentschaftskandidaten oder einen Rückzug aus dem Rennen so kurz vor der Wahl, ganz zu schweigen von beiden Entwicklungen in ein und demselben Präsidentschaftswahlkampf. Hinzu kommt, dass Harris noch nicht einmal die offizielle Präsidentschaftskandidatin der Demokraten ist und noch nicht einmal einen eigenen Kandidaten für die Vizepräsidentschaft benannt hat, und der Mangel an Vorhersehbarkeit bei dieser Präsidentschaftswahl ist wohl beispiellos.

Nicht zu vergessen, dass es auch einige andere interessante Kandidaten im Präsidentschaftsrennen gibt, wie Robert F. Kennedy Jr. als Unabhängiger und Chase Oliver für die Libertarian Party, die beide die Gesamtstimmenzahl aufteilen werden, was es schwieriger macht, das Gesamtergebnis vorherzusagen.

Denken Sie auch daran, dass im November zeitgleich mit den Präsidentschaftswahlen auch Kongresswahlen in den USA stattfinden, bei denen alle 435 Sitze im Unterhaus des Repräsentantenhauses und etwa ein Drittel der 100 Sitze im Oberhaus des Senats zur Wahl stehen. Diese Kongresswahlen tragen ebenfalls zur Unsicherheit in Politik und Wirtschaft bei. Ungewissheit bezieht sich hier (politisch und wirtschaftlich) auf die Tatsache, dass die zukünftigen Ergebnisse unbekannt oder nicht quantifizierbar sind. Risiko bezieht sich auf die Schätzung oder Vorhersage von Wahrscheinlichkeiten von Ergebnissen.

Während die politische Ungewissheit der Auslöser ist, ist die wirtschaftliche Ungewissheit das Ergebnis, und die Finanzmärkte - die vorausschauende Preisbildungsmechanismen sind - werden versuchen, diese wirtschaftliche Ungewissheit in Form von Risiken zu quantifizieren, indem sie die Wahrscheinlichkeit eines republikanischen oder demokratischen Weißen Hauses im Jahr 2025 abwägen.

Während zum jetzigen Zeitpunkt des US-Präsidentenwahlkampfs die allgemeine wirtschaftliche Unsicherheit die Finanzmärkte stärker beeinflusst als spezifische politische Maßnahmen, werden die Märkte dazu übergehen, die Auswirkungen politischer Veränderungen zu betrachten, wenn klarer wird, wer 2025 an der Macht sein wird. In jedem Fall ist die Aussicht auf Marktvolatilität und politische Veränderungen derzeit ein günstiges Umfeld für sichere Anlagen wie Gold.

Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es noch keinen offiziellen demokratischen Präsidentschaftskandidaten, und es ist nicht klar, wie die Wirtschaftspolitik einer Harris-Präsidenschaft aussehen würde. Die Märkte gehen daher davon aus, dass eine Präsidentschaft von Harris die gleiche Politik verfolgen würde wie die der Biden-Regierung. Zur Veranschaulichung lohnt es sich daher, einige der politischen Veränderungen zu betrachten, die ein Machtwechsel von den Demokraten zu den Republikanern mit sich bringen könnte, da die geplante Politik von Trump besser dokumentiert ist und viele potenzielle "politische Veränderungen" enthält.

Politische Veränderungen unter einer Trump-Regierung

Eine der von der neuen Trump-Regierung angekündigten politischen Veränderungen ist eine Verschärfung des Handelsprotektionismus durch höhere Einfuhrzölle. Trump hat die Einführung von Zöllen in Höhe von 10% auf alle in die USA eingeführten Produkte und in Höhe von 60% auf alle Einfuhren aus China zugesagt (was einen Handelskrieg zwischen den USA und China mit Sicherheit beschleunigen und die geopolitischen Risiken erhöhen würde). Die Folgewirkungen solcher Zölle würden jedoch höhere Preise für die US-Verbraucher, eine höhere Preisinflation und eine höhere Steuerbelastung für die US-Haushalte bedeuten.

In der Geopolitik ist Trump ein Unterstützer Israels, und die USA laufen nun zunehmend Gefahr, in einen von Israel angezündeten Krieg im Nahen Osten hineingezogen zu werden. In der Steuerpolitik hat Trump angekündigt, dass seine Regierung die Einkommenssteuer für Privatpersonen und Unternehmen senken wird, was zwar das Wirtschaftswachstum ankurbeln könnte, aber auch das Haushaltsdefizit massiv erhöhen würde, wenn keine entsprechenden Ausgabenkürzungen vorgenommen werden.

Trump hat auch gesagt, dass er einen schwächeren Dollar will, um die US-Exporte zu steigern, aber seine

vorgeschlagenen politischen Maßnahmen deuten insgesamt eher auf einen stärkeren Dollar hin, ein Widerspruch, der an sich schon zu Unsicherheit und Volatilität des US-Dollar auf den Devisenmärkten führen könnte. Trump wendet sich auch gegen die Gesetzgebung zum Klimawandel, die er als "Green New Scam" bezeichnet, und hat geschworen, wichtige Teile der US-Umweltgesetzgebung rückgängig zu machen, während er die Investitionen in fossile Brennstoffe und traditionelle Infrastrukturausgaben (Straßen und Verkehr usw.) erhöht.

Eine künftige Trump-Regierung plant auch die Abschiebung von Millionen illegaler Einwanderer, die während der Biden-Harris-Jahre in die USA gekommen sind, und nennt den Plan die "größte Abschiebung der Geschichte". Wichtig ist, dass Trump auch als Interventionist in Bezug auf die US-Zentralbank, die Federal Reserve, gesehen wird, von dem Versuch, die Zinsdiskussionen zu beeinflussen, bis hin zur Verwendung von Nominierungen, um die Wahl des Fed-Präsidenten, der Leiter der regionalen Federal Reserve Banken und der Mitglieder des Federal Reserve Board zu beeinflussen.

Wie das Wall Street Journal im April letzten Jahres berichtete, hat eine Gruppe von Trumps Verbündeten bereits eine Politik entworfen, die "im Falle seines Sieges versuchen würde, die Unabhängigkeit der US-Notenbank zu untergraben", einschließlich "dass Trump bei Zinsentscheidungen konsultiert werden sollte und die Befugnis hätte, Jerome Powell als Fed-Vorsitzenden vor Ablauf seiner Amtszeit im Jahr 2026 abzusetzen". Solche Interventionen haben das Potenzial, die Unsicherheit über die US-Geldpolitik zu erhöhen und die Finanzmärkte zu verunsichern.



Quelle: [BullionStar](#)

Goldpreisentwicklung - Trump vs. Biden

Obwohl Biden nicht mehr im Rennen ist, lohnt sich ein direkter Vergleich der Goldpreisentwicklung während Trumps Präsidentschaft 2017-2021 und Bidens Präsidentschaft 2021-2024 (bis heute). Während Trumps Präsidentschaft (20. Januar 2017 - 20. Januar 2021) stieg der Goldpreis in US-Dollar um 54,4% von 1205 US-Dollar auf 1860 US-Dollar je Feinunze. Während Bidens Präsidentschaft (20. Januar 2021 - bis heute) ist der Goldpreis in US-Dollar um 30,5% von 1860 US-Dollar auf 2427 US-Dollar gestiegen.

Daher stieg der Goldpreis unter der Präsidentschaft von Trump von 2017 bis 2021 um fast 80% mehr als unter der Präsidentschaft von Biden von 2021 bis 2024 (bis heute), und dies ist der beste Vergleich, den wir haben, um zu sehen, wie sich Gold unter einer möglichen neuen Präsidentschaft von Trump im Vergleich zu einer neuen Präsidentschaft eines demokratischen Kandidaten entwickeln würde. Auch wenn es natürlich mehrere Faktoren gibt, die den internationalen Goldpreis ständig beeinflussen, und nicht nur die US-Präsidentschaft, ist die obige Darstellung dennoch interessant.

Interessanterweise ergab die jüngste Bloomberg-Markets-Live-Pulse-Umfrage, die am 28. Juli veröffentlicht wurde, dass eine Mehrheit der Befragten (53%) Gold als den besten sicheren Hafen während einer möglichen Präsidentschaft von Trump ansieht, während nur 26% der Befragten den US-Dollar als den besten sicheren Hafen ansehen. Außerdem erwarten zwei Drittel der Befragten, dass ein Sieg Trumps den Status des US-Dollar als Weltreservewährung untergraben würde.

US-Staatsverschuldung und Haushaltsdefizite

Abgesehen von politischen und politischen Veränderungen, die die Inflation, die Zinssätze und den relativen Wert des US-Dollar beeinflussen, sollten die bestehenden langfristigen strukturellen Probleme der US-Wirtschaft in Form von anhaltenden jährlichen Haushaltsdefiziten (derzeit 1,86 Billionen Dollar), einer ständig wachsenden Staatsverschuldung (35 Billionen Dollar und steigend) und der ständig angehobenen Schuldenobergrenze nicht vergessen werden, und sie werden weiterhin bestehen, unabhängig davon, wer im Weißen Haus sitzt oder welche Seite der Hydra aus Republikanern und Demokraten den US-Kongress kontrolliert.

Ganz zu schweigen von den enormen Zinszahlungen für die US-Staatsschulden, die inzwischen 1 Billion US-Dollar im Jahr übersteigen.

Darüber hinaus könnten dramatische Erschütterungen bei der Finanzierung dieser kolossalen Staatsverschuldung, z. B. wenn ausländische Inhaber von US-Schuldtiteln wie die BRICS-Staaten US-Schuldtitel abstoßen (ein Trend, der durch die von den USA verhängten Sanktionen noch verschärft wird), zu einer Instabilität der Finanzmärkte, einer US-Staatsschuldenkrise und einer möglichen Zahlungsunfähigkeit der USA führen, was sich alles positiv auf das Gold auswirkt.

Wie die Washington Times am 25. Juli in einem Artikel schrieb: "Heute verhängen die Vereinigten Staaten dreimal so viele Sanktionen wie jedes andere Land oder jede internationale Organisation, wobei ein Drittel aller Nationen mit irgendeiner Art von finanzieller Strafe für Personen, Eigentum oder Organisationen belegt wird. Sie sind zu einer fast reflexartigen Waffe in einem ständigen Wirtschaftskrieg geworden, und ihr übermäßiger Einsatz wird auf den höchsten Regierungsebenen anerkannt."

Politisches Patt in Frankreich beunruhigt Finanzmärkte

Die politische Unsicherheit in Frankreich ist fast so groß wie in den USA, und das trotz der jüngsten Wahlen in Frankreich. Der Zeitpunkt des derzeitigen politischen Stillstands in Frankreich lässt sich zwar mit den Wahlergebnissen erklären (siehe unten), doch im Grunde ist er auf das gleiche Phänomen zurückzuführen wie in anderen Ländern, nämlich die Polarisierung der Wählerschaft zwischen rechts und links.

In der ersten Junihälfte erlitt Renaissance, die vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron gegründete zentristische National-Rally-Partei, eine schwere Niederlage bei den Europawahlen, bei denen die rechtsgerichtete Partei (globalisierungs- und EU-feindlich, einwanderungsfeindlich und gegen den Klimawandel gerichtet) mit über 31% der Stimmen den ersten Platz belegte und damit mehr als doppelt so viele Stimmen erhielt wie Renaissance.

Dieser Schock für die linken und zentristischen Parteien veranlasste Macron, landesweite Parlamentswahlen für die französische Nationalversammlung (das Unterhaus des französischen Parlaments) auszurufen, bei denen im ersten Wahlgang die rechtsgerichtete National-Rally-Partei mit 33% der Stimmen ebenfalls den ersten Platz belegte. Dieser zweite Schock veranlasste Macrons Zentristen und ein links-grünes Flickenteppich-Bündnis (die so genannte Neue Volksfront (NPF)), sich zusammenzuschließen und im zweiten Wahlgang über 200 ihrer gemeinsamen Kandidaten zurückzuziehen, um die Stimmen zu bündeln und so genügend Sitze zu gewinnen, um die Regierungsbildung der rechtsgerichteten National-Rally-Partei zu verhindern.

Zwar konnten die Zentristen und die NPF verhindern, dass die National Rally eine Mehrheit erlangte, doch die Bündnisse gingen nach hinten los, da die NPF sich weigerte, eine Koalition mit den Zentristen einzugehen. Damit befindet sich die französische Politik nun in einem Zustand der Lähmung, in dem keine Partei oder politische Ideologie über eine klare Mehrheit verfügt und eine geschäftsführende Regierung unter

Premierminister Gabriel Attal bis zum Ende der Olympischen Spiele in Paris am 11. August amtiert.

Dieses Sammelsurium aus linken und zentristischen Parteien hat bereits mit Auseinandersetzungen begonnen, da sich ihre Wirtschaftspolitik in vielen Bereichen wie Handelspolitik, Besteuerung und Rentenalter stark voneinander unterscheidet. Der größte Streit ist jedoch die Frage, wer der neue Premierminister sein wird, ein Premierminister, mit dem Macron zusammen regieren muss (Macron ist für die Außenpolitik zuständig, der Premierminister für die Innenpolitik).

Als die NPF vor kurzem einen linken Premierministerkandidaten vorschlug, wozu sie als stärkste Kraft in der Nationalversammlung berechtigt ist, wurde dieser Kandidat von Macron sofort abgelehnt, der auf Zeit spielte, indem er sagte: "Bis Mitte August sind wir nicht in der Lage, die Dinge zu ändern, denn das würde Unordnung schaffen". Dies hat, nicht unerwartet, zu noch mehr politischem Ungemach geführt und die politische und wirtschaftliche Landschaft Frankreichs in Ungewissheit gestürzt, während die französischen Finanzmärkte nicht wissen, wie es weitergeht. All dies dürfte Gold im Moment zu einem idealen sicheren Hafen für risikoscheue französische Anleger machen.

Seismische Verschiebung nach deutlichem Sieg der Labour-Partei in Großbritannien

Nach den Parlamentswahlen im Vereinigten Königreich (VK) am 4. Juli ist auch dort ein politischer Umbruch eingetreten, der zu einem dramatischen Machtwechsel von den Konservativen zur Labour Party geführt hat. Bei dieser Wahl errang die Labour-Partei einen historischen Sieg mit 410 Sitzen im 650 Sitze zählenden Unterhaus gegenüber weniger als 120 Sitzen für die zuvor regierenden Konservativen (das schlechteste Ergebnis der Konservativen in ihrer 190-jährigen Geschichte). Labour ist nun mit einer klaren Mehrheit an der Macht im VK, und ihr Vorsitzender Keir Starmer ist Premierminister.

Die Konservativen haben nicht nur die Macht verloren, sondern ihr Vorsitzender, der frühere Premierminister Rishi Sunak, ist am 5. Juli als Parteichef zurückgetreten. Diese neue politische Landschaft im VK ist ein hervorragendes Beispiel für politische Veränderungen, da der Regierungsantritt von Labour aufgrund ihrer im Vergleich zu den Konservativen unterschiedlichen Wirtschaftsagenda zu erheblichen Veränderungen sowohl in der Steuer- als auch in der Geldpolitik führen wird.

Die Wirtschaftsstrategie der Labour-Partei sieht traditionell und auch in ihrem jüngsten Manifest eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben und steuerliche Anreize in Bereichen wie Gesundheitswesen, Bildung und Sozialleistungen vor. Diese höheren öffentlichen Ausgaben werden unweigerlich zu einer höheren Inflation, einer höheren Kreditaufnahme, d.h. einem höheren Haushaltsdefizit, und auch zu Steuererhöhungen führen.

Die neue Labour-Regierung wird sich auch auf die Geldpolitik des VKs auswirken. Im VK ist die Bank of England zwar in ihrer Geldpolitik unabhängig, aber die jeweilige Regierung (in diesem Fall die Labour-Partei) hat immer noch Einfluss auf die Geldpolitik, da die Regierung den Aufgabenbereich des geldpolitischen Ausschusses (MPC) der Bank of England festlegt.

Dies liegt daran, dass das Gesetz über die Bank of England von 1998 vorschreibt, dass die amtierende Regierung mindestens einmal im Jahr die Preisstabilität und die wirtschaftspolitischen Ziele der Regierung für die Bank of England festlegen muss. [...] Abgesehen von höheren Staatsausgaben, die zu einem stärkeren Inflationsdruck führen könnten, was die BoE zu einer Anhebung der Zinssätze (derzeit 5,25%) veranlassen würde, könnte Labour die Preisstabilität neu definieren (als Akzeptanz der Notwendigkeit einer höheren Inflation) und die Bank of England auffordern, sich neben dem Inflationsziel (das derzeit bei 2% liegt) auf umfassendere Messgrößen der wirtschaftlichen Gesundheit zu konzentrieren.

Darüber hinaus betreibt die Bank of England nach wie vor eine massive quantitative Lockerung, wobei der ausstehende Betrag an QE immer noch 693 Mrd. GBP beträgt (Stand: 10. Juli 2024). Bei der quantitativen Lockerung schafft die Bank of England "neues Geld auf elektronischem Wege (als Zentralbankreserven) und verwendet es dann zum Kauf von Finanzaktiva, meist Staatsanleihen."

Da sich die Wirtschaftspolitik der Labour-Partei auch auf die Ankurbelung der stagnierenden britischen Wirtschaft konzentriert, könnte die neue Labour-Regierung die Bank of England realistischerweise anweisen, ihr Programm der quantitativen Lockerung auszuweiten, um die Wirtschaft anzukurbeln und dem Finanzsystem Liquidität zuzuführen. Dies würde bedeuten, dass mehr Papiergegeld aus dem Nichts geschaffen wird, die Inflation steigt und das britische Pfund schwächer wird, was alles positiv für den Goldpreis ist.

Schlussfolgerung

Die politische Unsicherheit in einigen der wichtigsten Industrieländer der Welt ist heute so groß wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Diese Ungewissheit führt zu einer Risikoaversion unter den Anlegern und schafft eine Nachfrage nach sicheren Häfen für vermögenserhaltende Anlagen wie Gold. In den USA ist das Ausmaß an politischer Ungewissheit beispiellos und zudem durch eine tief gespaltene und polarisierte Wählerschaft gekennzeichnet.

Wenn Trump gewählt wird und die Republikaner die Mehrheit der Sitze im Repräsentantenhaus gewinnen, erhalten sie die Kontrolle über die gesetzgeberische Agenda, was voraussichtlich einen Politikwechsel in der Finanzpolitik auslösen wird, mit fiskalpolitischen Anreizen in Form von höheren Ausgaben, höherer Inflation, mehr Devisenvolatilität sowie Handelskriegen, Protektionismus und erhöhten geopolitischen Risiken, die alle die Nachfrage nach Gold weiter ankurbeln.

Trump hat bereits während seiner Amtszeit (2017-2021) Druck auf die Geldpolitik der Federal Reserve ausgeübt, z. B. im Hinblick auf eine Senkung der Zinssätze. Sollte er im November gewählt werden, könnte sich dieser Druck im nächsten Jahr fortsetzen und die Unabhängigkeit der Fed und ihre geldpolitische Ausrichtung beeinträchtigen, was sich jedoch positiv auf den Goldpreis auswirken könnte. Auch der Ausgang der US-Präsidentswahlen 2024 könnte zu Instabilität und Unruhen führen, da die Wählerschaft stark polarisiert ist und beide Seiten das Ergebnis nicht akzeptieren wollen.

Unabhängig vom Ausgang der US-Präsidentswahlen wird erwartet, dass die Zinsen in den USA bis zum Jahresende mindestens einmal gesenkt werden, was sich wiederum positiv auf den Goldpreis in US-Dollar auswirkt. In Europa befindet sich Frankreich nach unentschiedenen Wahlen zwischen der Rechten und der Linken in einer politischen Sackgasse, und diese politischen Turbulenzen führen zu einer Risikoaversion der Anleger und einer Flucht in sichere Anlagen, da sie wirtschaftliche Unsicherheiten mit sich bringen.

Im Vereinigten Königreich hat sich die politische Macht von den Konservativen auf Labour verlagert, und auch wenn es sich um eine klare Sache handelt, so ist doch eine neue Regierung im Amt, die Kredite aufnehmen und ausgeben und die Geldpolitik ausweiten will, was mit dem Risiko einer höheren Inflation verbunden ist. Da Gold als Absicherung gegen Inflation gilt, da es die Kaufkraft schützt, ist der Aufstieg von Labour eine positive Entwicklung für Gold.

Gleichzeitig kaufen Zentralbanken in aller Welt weiterhin Gold als Reservewährung. Die jüngste Umfrage des World Gold Council zu den Goldreserven der Zentralbanken für 2024 ergab, dass 81% der Befragten davon ausgehen, dass die Goldbestände der Zentralbanken im Jahr 2024 steigen werden. Der Umfrage zufolge kaufen die Zentralbanken Gold aus einer Reihe von Gründen, darunter Inflationssorgen, geopolitische Risiken, Bedenken wegen Sanktionen, aber auch, weil Gold ein "fehlendes politisches Risiko" aufweist.

Da sich die politische Landschaft in großen Volkswirtschaften wie den USA, dem Vereinigten Königreich und Frankreich durch erhöhte Unsicherheit und wirtschaftspolitische Veränderungen weiter verändert, bleibt die Rolle von Gold als Absicherung gegen politische Risiken, wirtschaftliche Instabilität und Inflation entscheidend. Sparer und Anleger sollten daher in Erwägung ziehen, ihre Portfolios zu diversifizieren und Gold als Absicherung gegen potenzielle Inflation, wirtschaftliche Unsicherheit und natürlich politische Risiken aufzunehmen.

© Ronan Manly
[BullionStar](#)

Dieser Artikel wurde am 01. August 2024 auf www.bullionstar.com und zuvor auf RT.com veröffentlicht und exklusiv für GoldSeiten übersetzt.

Dieser Artikel stammt von [GoldSeiten.de](#)

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/627417-Wahlen-und-politische-Ungewissheit---entscheidende-Faktoren-fuer-Goldnachfrage-und-Goldpreis.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer](#).

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2025. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinen](#).